

grüne Kopie

POLITISCHES SEKRETARIAT

p.B.58.04.2. SPE/kl

Bern, den 18. September 1985

p.B.58.2.Jordanie

Offizielle Gespräche des Departementsvorstehers mit dem jordanischen Aussenminister Taher al-Masri, Amman, den 14. September 1985

Al-Masri (M.) würdigt eingangs die Rolle, die die Schweiz im Nahen Osten spielen könne. Man erwarte von unserem Land nicht in erster Linie "Ideen und Initiativen". Die Schweiz könne aber, wie dies in der Vergangenheit schon mehrmals geschehen sei, ihr Territorium für Kontakte zwischen den Konfliktparteien zur Verfügung stellen und so einen wertvollen Beitrag leisten.

M. legt anschliessend die jordanische Analyse der jüngsten Entwicklung im Nahen Osten dar. König Husayn habe im Gefolge der Reagan-Initiative und des arabischen Friedensplanes von Fes (beide 1982) die Gelegenheit als günstig erachtet, um in Kontakten mit der PLO eine gemeinsame Position im Hinblick auf eine friedliche Lösung des Palästinakonflikts zu erarbeiten. Leider sei diesen Bemühungen kein Erfolg beschieden gewesen.

Gleichzeitig habe Jordanien die Annäherung an Agypten durch die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit Kairo weitergeführt. Beide Initiativen zeigen laut M. deutlich, dass Jordanien ernstlich an einer friedlichen Regelung interessiert sei. Die im Frühjahr 1984 unterbrochenen Verhandlungen mit der PLO hätten Ende 1984 wieder aufgenommen werden können. Arafat habe sich damals entschieden, den Bruch mit Syrien, das eine Parallelorganisation zur PLO habe aufbauen wollen, zu wagen. Es habe den Palästin-

sischen Nationalrat (PNR) nach Amman einberufen und allein schon damit ein Signal der Mässigung gesetzt. Der Session sei ein voller Erfolg beschieden gewesen. Laut M. hat das Treffen des palästinensischen Exilparlaments die "Unabhängigkeit der Palästinenser" bekräftigt und die "Legalität der gegenwärtigen Führung" bestätigt. Jordanien habe die günstige Situation nach der 16. Session des PNR genutzt, um mit Arafat erneut in Verhandlungen zu treten. Die gemeinsamen Bemühungen hätten zum Abkommen vom 11. Februar 1985 geführt.

Diesem Dokument kommt M. zufolge ausserordentliche Bedeutung zu. Arafat habe mehreren Formeln zugestimmt, die bewusst Einwände der USA und Israels zu entkräften trachteten. Arafat spreche von einer friedlichen Lösung des Konflikts und habe die Formel "peace for land" akzeptiert. Weiter sei nicht die Rede von einem unabhängigen palästinensischen Staat, sondern von einer Konföderation mit Jordanien. Schliesslich beinhalte das Abkommen implizit eine Anerkennung der Sicherheitsratsresolution 242.

König Husayn habe Ende Mai in Washington Kontakte mit den amerikanischen Verantwortlichen gepflegt, um den Friedensprozess voranzutreiben. Da die USA nicht mit der PLO sprechen wolle, bevor gewisse Bedingungen erfüllt seien, habe man ein schrittweises Vorgehen angeregt. In einer ersten Phase sollte so eine jordanisch-palästinensische Delegation ohne Mitglieder der PLO mit den Amerikanern zusammentreffen. Erst nach der öffentlichen Anerkennung der Resolution 242 durch die PLO würde diese mit den Jordaniern zusammen Gespräche mit den USA aufnehmen. Die Vorbereitungen für die erste Phase seien schon sehr weit gediehen gewesen. Laut M. bekam Murphy auf seiner jüngsten Nahosttour jedoch kein grünes Licht aus Washington, um in Amman mit der jordanisch-palästinensischen Delegation zu konferieren. Jordanien hat M. zufolge sämtliche von den USA ursprünglich gestellten Bedingungen erfüllt. Die Ameri-

kaner hätten die Fähigkeit König Husayns in Zweifel gezogen, Arafat zu weiteren Konzessionen zu bewegen. Dieser habe aber Husayn gegenüber die Zusage gemacht, die PLO sei zur Anerkennung von Resolution 242 bereit. Husayn habe sich in Washington in aller Öffentlichkeit dafür verbürgt, dass die PLO diese Zusage einhalte.

Die USA und Israel wollen laut M. Jordanien dazu drängen, ohne jede palästinensische Beteiligung in Verhandlungen allein bezüglich des Jordanwestufers einzutreten. Jordanien weigere sich aber strikte, auf dieses Ansinnen einzugehen. Ohnen einen Einbezug der 4 Mio. Palästinenser, von denen immerhin 1,8 Mio. in Israel und den besetzten Gebieten lebten, könne es keine Lösung geben.

Jordanien ist M. zufolge keineswegs gegen direkte Verhandlungen. Diese müssten aber unter den Auspizien der Vereinten Nationen stattfinden. Wenn die Verhandlungen zustandekämen, würden sich Israeli und Araber von Angesicht zu Angesicht in den einzelnen Unterkommissionen gegenüber sitzen, die sich mit sämtlichen strittigen Punkten und nicht bloss mit der Frage Zisjordaniens zu beschäftigen hätten. M. zufolge hat Jordanien sämtliche befreundeten Regierungen, die in den USA über Einfluss verfügen, gebeten, der amerikanischen Regierung diese jordanische Haltung verständlich zu machen.

Nach Ansicht der jordanischen Verantwortlichen verstärkt sich die gefährliche Polarisierung im Nahen Osten laufend. Diese Polarisierung gebe es nicht nur zwischen den arabischen Staaten und Israel mit den entsprechenden Supermächten im Hintergrund, sondern auch innerhalb der israelischen und arabischen Gesellschaft. In Israel gewinne die extreme Rechte ständig an Boden. Selbst die Regierung sei in sich zutiefst gespalten. Auf der arabischen Seite drohe

infolge der Enttäuschung über mangelnde Fortschritte auf dem Weg einer Friedenslösung eine Welle des Radikalismus und insbesondere des Fundamentalismus. Die Integristen sagten: "Ihr habt es mit den Supermächten versucht, mit der Demokratie und mit Militärregimen. Auch das republikanische System und die Monarchie haben versagt." In dieser Situation könne nur eine Rückbesinnung auf die islamischen Werte eine Wende bringen. Laut M. führten die Integristen das Beispiel der Kreuzfahrer an, die dank der vereinten Bemühungen der Muslime hätten vertrieben werden können. In der israelischen Gesellschaft sieht M. ebenfalls "fundamentalistische" Kräfte am Werk. Er erwähnt die "extremistischen Positionen" Rabbi Kahanes, Geula Cohens (Tehija-Partei) und Sharons. M. befürchtet im Falle von Neuwahlen in Israel einen bedeutenden Rechtsrutsch.

Seinen Tour d'horizon abschliessend betont M., Jordanien akzeptiere die Resolution 242 und den Reagan-Plan.

CFA setzt der jordanischen Delegation die Gründe für seine Maghreb- und Nahostreise auseinander und lässt die bisherigen Etappen Revue passieren. Er erinnert an die schweizerische Disponibilität und die guten Dienste, die unser Land anbieten könne. CFA erwähnt insbesondere die beiden Libanon-Konferenzen. Das schweizerische Territorium stehe auch weiterhin für direkte Kontakte zwischen den Konfliktparteien zur Verfügung. Nichts könne diese direkten Gespräche ersetzen. Die Schweiz sei bereit, solche diskreten Kontakte ohne Publizität zu ermöglichen. CFA schlägt M. vor, nach Abschluss seiner Nahostreise wieder mit seinem jordanischen Amtskollegen zusammenzutreffen, um die Ergebnisse gemeinsam zu analysieren.

CFA berichtet M. über sein Gespräch mit Kaddumi und konfrontiert ihn mit den Aussagen des Chefs des politischen Departements der PLO zum Abkommen von Amman, die in wesentlichen Punkten im Widerspruch zur Haltung Arafats und Jordaniens zu stehen scheinen:

1. Frage: Welche Bedeutung misst die jordanische Seite den Spaltungstendenzen innerhalb der palästinensischen Bewegung bei, die sich im Boykott der letzten Session des PNR in Amman manifestierten, und die sich nach der Unterzeichnung des Abkommens von Amman noch verstärkten? Beim Wort "Spaltung" denkt CFA nicht nur an die "Front der nationalen Errettung", die Arafat den Rücken gekehrt hat, sondern auch an die Kritik an Arafat innerhalb der sogenannten Arafat-treuen PLO.
2. Frage: F. Kaddumi hat CFA gegenüber kategorisch betont, es komme nicht in Frage, dass die PLO die Resolution 242 und 338 anerkenne. Direkte Verhandlungen ausserhalb einer internationalen Konferenz mit Israel und den USA kämen ausserdem nicht in Frage. Kommentar der jordanischen Seite?
3. Frage: Schwierigkeiten scheinen gewissen Kreisen in der Arafat treuen PLO auch die Punkte 2 und 5 des Abkommens von Amman zu bereiten. So betont Kaddumi, eine Konföderation mit Jordanien komme erst nach der Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates in Frage. Auch bezüglich der gemeinsamen jordanisch-palästinensischen Delegation bei Friedensverhandlungen hat Kaddumi Vorbehalte, da er Jordanien verdächtigt, den Alleinvertretungsanspruch der PLO für die Palästinenser aushöhlen zu wollen.
4. Frage: Wie beurteilt Jordanien die von palästinensischer Seite für die jordanisch-palästinensische Delegation vorgeschlagenen Kandidaten?

Antworten M.

- Ad 1. Das Abkommen von Amman wurde laut M. nicht über Nacht aus dem Boden gestampft. Es sei ein ausgereiftes Dokument, über

- 6 -

das mit Arafat während dreier Monate intensiv verhandelt worden sei. Arafat habe das Abkommen anschliessend dem Exekutivkomitee der PLO vorgelegt, das sich einstimmig dafür ausgesprochen habe. M. betont, dem Komitee gehörten auch Kaddumi und Abu Iyad an. Im nachhinein seien allerdings insbesondere Abu Iyad und Abu Mazin Bedenken gekommen, und sie hätten Aenderungen verlangt, um gewisse Punkte klarzustellen. Nach Verhandlungen in Amman seien geringfügige Aenderungen am Text vorgenommen worden, und die beiden hätten Jordanien befriedigt verlassen. Wiederum habe sich das Exekutivkomitee der PLO und sämtliche anderen zuständigen Gremien einstimmig für den neuen Text ausgesprochen. Arafat habe ausserdem die Zustimmung des Zentralkomitees der "Fath" eingeholt.

Nichtsdestoweniger ist sich Jordanien bewusst, dass gewisse hochgestellte Persönlichkeiten in der PLO (insbesondere Kaddumi) Drittpersonen gegenüber eine andere Haltung einnehmen, die den Beschlüssen der verschiedenen Gremien widerspricht. Kaddumi habe auch anlässlich des ausserordentlichen Gipfels der Arabischen Liga in Casablanca hinter den Kulissen versucht, gegen das Abkommen Stimmung zu machen.

Arafat gelang es jedoch, den gemeinsamen jordanisch-palästinensischen Resolutionsentwurf zum Abkommen von Amman durchzusetzen. Laut M. versuchte Kaddumi auch in Luanda, Stimmung gegen das Abkommen zu machen. M. habe Arafat auf die Machenschaften seines "Aussenministers" aufmerksam gemacht. Arafat habe Kaddumi als "Feigling" bezeichnet, der sich vor Syrien fürchte. Innerhalb der "Fath" gebe es eine gewisse Gruppe, die auf die Karte der Sowjetunion setze, da die Glaubwürdigkeit der USA einen absoluten Tiefstand erreicht habe. Dazu gehöre neben Kaddumi auch Abu Iyad. Insgesamt

- 7 -

vier Mitglieder im Zentralkomitee der "Fath" seien aus verschiedenen Gründen Arafat gegenüber kritisch eingestellt: Abu Mahir, Kaddumi, Abu Mazir, Abu Iyad. Man dürfe diese Opposition aber nicht überbewerten, da es diese vier Fath-Prominenten nicht auf einen Bruch mit Arafat ankommen liessen. Jordanien sei überzeugt, dass Arafat besonders in den besetzten Gebieten nach wie vor der unumstrittene Führer des palästinensischen Widerstandes sei. Allerdings sei diese Position Arafats in Gefahr, wenn die jordanisch-palästinensische Initiative keinerlei Fortschritte brächte.

Ad 2. Nach jordanischer Auffassung ist die gesamte PLO bereit, die Resolutionen 242 und 338 anzuerkennen. Die PLO fordere dafür aber als Gegenleistung das Recht auf Selbstbestimmung und die Anerkennung durch die Vereinigten Staaten. Eine solche Anerkennung wäre durch das Zusammentreffen einer Delegation Jordanien-PLO mit den Amerikanern gegeben. Arafat sei voll mit dem jordanischen Prozedere einverstanden und habe Jordanien dazu gedrängt, das erste Treffen (ohne PLO-Mitglieder) voranzutreiben. Nach Meinung Arafats wären die USA gut beraten, wenn das zweite Treffen noch vor der Begegnung Reagan-Gorbatschow in Genf stattfinden könnte. Der PLO-Führer sei der Ansicht, die Amerikaner hätten so hinsichtlich des Nahostkonflikts gegenüber den Sowjets eine Trumpfkarte in den Händen. Laut M. ist aber der Nahostkonflikt für die USA kein aussen- sondern ein innenpolitisches Thema, was ein rationales Vorgehen ungeheuer erschwere.

Die Resolutionen 242 und 338 sind M. zufolge kein Problem. Selbst Abu Iyad habe wiederholt erklärt, er sei bereit, Israel anzuerkennen, wenn dieses die besetzten Gebiete räume. Die PLO wolle nicht Tel-Aviv und Haifa, sondern die Gebiete, die Israel 1967 besetzt habe. Auch Kaddumi teile diese Ansicht.

Ad 3. Laut M. ist die Formulierung des Passus über die Bildung einer jordanisch-palästinensischen Konföderation im Abkommen von Amman absichtlich etwas vage gehalten, um Arafat in seinen eigenen Reihen den Rücken zu stärken. Der Text könne durchaus so interpretiert werden, dass der Konföderation die Bildung eines unabhängigen palästinensischen Staates vorangehen müsse. Dies sei aber selbstverständlich völlig unrealistisch. Arafat gehe mit Jordanien darin einig, dass die Konföderation im Augenblick des israelischen Rückzugs eintreten müsse.

Wichtig ist aber in den Augen M.'s der Beginn eines Dialogs. Er hoffe, extremistische Meinungen würden dann "on the road" sukzessive aufgegeben. Es gebe keine Alternative zum Dialog. Es sei aber ebenfalls selbstverständlich, dass angesichts der aufgestauten Erbitterung auf beiden Seiten enorme Widerstände zu überwinden seien. Man werfe der PLO die Aussprüche eines Kaddumi vor. Man solle doch einmal die Aussagen Shamirs und Sharons mit denen von Peres vergleichen. Was im Falle der PLO zähle, sei, dass die Institution als solche ja zum Friedensprozess gesagt habe.

Ad 4. Im April hat Jordanien laut M. den USA eine Liste mit drei von Arafat abgesegneten Kandidaten übergeben. Die Namen seien von Jordanien geheimgehalten worden, da die USA darauf bestanden hätten. Es habe sich um den amerikanischen Professor palästinensischer Abstammung Edward Said und den neuen Präsidenten des PNR Scheich Abd al-Hamid as-Sayih und eine (von M. nicht genannte) dritte Persönlichkeit gehandelt. Beide genannten Palästinenser seien nicht Mitglieder der PLO als solche. Scheich as-Sayih, ein muslimischer Geistlicher habe in der Vergangenheit mehreren jordanischen Kabinetten angehört. Die USA hätten aus unerfindlichen Gründen diese

erzgemässigten Personen abgelehnt, eine andere Liste verlangt und dabei den Palästinensern und Jordanien "schreckliche Kriterien" auferlegt. Arafat sei nichtsdestoweniger einverstanden gewesen und habe vom Exekutivkomitee 20 Kandidaten genehmigen lassen. Jordanien habe weitere 13 Namen von der Liste gestrichen, um die Dinge für die Vereinigten Staaten noch weiter zu erleichtern. Unter den verbliebenen sieben Persönlichkeiten vertrete niemand das Jordanwestufer, aber sie hätten den amerikanischen Kriterien entsprochen. Wie man wisse, habe Peres schon einen Tag nach der Bekanntgabe der Liste an die USA öffentlich fünf Namen als für Israel inakzeptabel bezeichnet und die Vereinigten Staaten so vor eine vollendete Tatsache gestellt.

Die Lage ist laut M. ziemlich verfahren. Die USA wollten Jordanien auf einen direkten Dialog mit Israel festlegen. Dies sei "unfair", da mit den USA etwas anderes vereinbart worden sei.

M. wiederholt zum Schluss mit allem Nachdruck, für Jordanien kämen direkte Gespräche mit Israel nur zusammen mit den Palästinensern und ausschliesslich unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen in Frage.